

Studie: Viele Stadtwerke ohne Rendite-Ehrgeiz

FRANKFURT (Dow Jones)--Trotz fortschreitenden Wettbewerbs und Liberalisierung verfügen zahlreiche Stadtwerke nicht über eine Mindestrenditevorgabe. Das geht aus einer aktuellen Studie der smm managementberatung GmbH in Kooperation mit der Universität Leipzig hervor. Nur 43% der befragten Unternehmen gaben an, eine Renditevorgabe für Geschäfte zu haben.

Auch wenn den Stadtwerken Profitabilität wichtig erscheine, stehe sie bei der Steuerung nicht im Vordergrund der Aktivitäten, heißt es in der Studie. Bei 43% der befragten Stadtwerke fehle darüber hinaus auch eine schriftlich fixierte Strategie. Die Unternehmensgröße ist hierbei von Bedeutung: Alle befragten Versorger mit einem Umsatz von über 500 Mio EUR haben eine schriftliche Strategie. Mit abnehmender Größe bzw. geringerem Umsatzvolumen sinkt auch die Wahrscheinlichkeit, dass der Versorger eine eigene Strategie fixiert hat. Dabei nehme der Bedarf an präziser strategischer Ausrichtung aufgrund der Veränderungen zwischen öffentlichem Auftrag und fortschreitendem Wettbewerb zu.

Aus den Ergebnissen der Befragung schließen die Autoren zudem, dass für Stadtwerke die Bestandssicherung wichtiger ist als Expansionsstrategien. Neue Absatzmöglichkeiten, Geschäftsfelder und Wachstum stehen dabei weniger im Mittelpunkt der Unternehmensziele.

Die Strategien der Stadtwerke sind laut Studie stärker an die Rolle als Erbringer von Leistungen der Daseinsvorsorge ausgerichtet (42%). Immerhin sind noch über 38% am Wettbewerb orientiert, während die Orientierung an den Unternehmenswert mit 17% eher bescheiden ausfällt. Die Stadtwerke seien um die Konsolidierung des Status quo bemüht.

Im Vordergrund der strategischen Prioritäten von Stadtwerken steht auch die Sicherung der Eigenständigkeit und Kundenbindung bzw. -zufriedenheit. Letzteres sei aber dem intensiven Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt zuzuschreiben, in dem die Stadtwerke weniger im Preiskampf als vielmehr über die lokale Verankerung und Identifizierung punkten könnten.

In 83% der Fälle erfolgt zwar eine Differenzierung der Strategie in Geschäftsbereiche. Gleichwohl verknüpfen aber nur rund 39% der Stadtwerke ihre Mittelfristplanung mit der

vorgegebenen Strategie. Als zentrale Themen für Versorger benennt die Studie Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien.

Ali Uluçay
DJG/aul/1.4.2010

VDMA: Erneuerbare bis 2030 bei 50% in der EU

BERLIN (Dow Jones)--Bis 2030 wird sich der Anteil erneuerbarer Energien an der EU-Stromproduktion gegenüber 2007 von 16% auf 48% verdreifachen. Aus fossilen Kraftwerken sollen dann 19% und aus Kernkraftwerken 33% Strom erzeugt werden, wie aus einer Prognose des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) hervorgeht. „Unser Ausblick unterstreicht die Notwendigkeit, alle Energieträger und alle Energietechnologien in Europa zu nutzen“, erklärte Thorsten Herdan, Geschäftsführer VDMA Power Systems. Für die Umgestaltung des Strommarktes sind laut VDMA rund 800 GW neuer Erzeugungskapazitäten nötig. Zwei Drittel davon sollen aus dem erneuerbaren Bereich kommen. Der Neubaubedarf bedeute Investitionen von über eine Billion EUR in den kommenden 20 Jahren.

DJG/aul/1.4.2010

Top-Themen

Einfluss:

Gazprom greift nach der Mehrheit am österreichischen Gas-Hub Baumgarten. Seite 4

Emissionen:

Die Krise führte zum stärksten Rückgang der Emissionen seit Gründung der Bundesrepublik. Seite 5

NRW: Atomausstieg entscheidet Koalitionen

BERLIN (Dow Jones)--Ein Festhalten am Atomausstieg ist nach den Worten von SPD-Chef Sigmar Gabriel Bedingung für jede Koalition mit seiner Partei. „Es wird keine Zustimmung der SPD zu einem Koalitionsvertrag geben, in dem am Atomausstieg gerüttelt würde“, sagte Gabriel der „Berliner Zeitung“. Er setzte damit hohe Hürden für ein mögliches Bündnis mit der CDU in Nordrhein-Westfalen nach der Landtagswahl in gut fünf Wochen.

Ziel der SPD ist eine Regierung mit den Grünen. Zusammen werde man dann „im Bundesrat dafür sorgen, dass diese unverantwortliche Laufzeit-Verlängerung“ für Atomkraftwerke keine Mehrheit finde, sagte Gabriel.

Auch der Grünen-Chef Cem Özdemir macht das Bekenntnis zum Atomausstieg zur Bedingung für eine Koalition. Sofern die CDU in Nordrhein-Westfalen diese Bedingung erfülle, sei ein Bündnis nicht kategorisch auszuschließen, sagte er im ARD-Morgenmagazin.

Der CDU/FDP-Regierung in der NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf warf Özdemir vor, sie mache eine Politik „pro Kohle“. Die Umsetzung grüner Politik sei „mit der SPD um einiges leichter“. Zugleich wüssten die Grünen, dass die SPD „genauso pro Kohle ist wie die CDU“. Einfach werde es mit keinem.

DJG/ddp/sae/1.4.2010